

II-9723 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 476913

1993 -05- 06

A N F R A G E

der Abgeordneten Elmecker, *Resch*
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend "Ferngasanschluß für die Gemeinde Unterweikersdorf bzw. Gebietsabsprachen bei
Energieversorgung"

In der Gemeinde Unterweikersdorf im Bezirk Freistadt wurde auf Initiative einiger
Gemeindebürger eine Befragung durchgeführt, bei der erhoben wurde, wieviele Haushalte
Interesse an einem Ferngasanschluß hätten. Das Ergebnis: Von 260 befragten Haushalten
haben 211 Interesse an einem Ferngasanschluß. Mitgerechnet sind dabei jedoch noch nicht
öffentliche Gebäude wie Gemeindeamt und Schule.

Aus einer von der Landwirtschaftskammer in Auftrag gegebenen und vom OÖ
Energiesparverband überprüften Studie geht eindeutig hervor, daß für das Gemeindegebiet
von Unterweikersdorf Wärmeversorgung durch eine Biomasse-Anlage unwirtschaftlich wäre.
Trotzdem soll eine derartige Anlage errichtet werden, da es zwischen Landwirtschaftskammer
und OÖ Ferngas ein Gebietsabsprache-Abkommen gibt. So können einige Gemeinden,
obwohl sie unmittelbar an den Ferngasleitungen liegen, nicht mit Gas versorgt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher in diesem Zusammenhang an den
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachfolgende

A n f r a g e:

1. Entsprechen Gebietsaufteilungen von Energieversorgungsunternehmen und/oder
Interessensvertretungen der österreichischen Gesetzgebung?
2. Wenn ja, warum wird diese Aufteilung nicht mit den betroffenen Gemeinden
abgesprochen?
3. Aus welchen Gründen werden Unterweikersdorf und einige Nachbargemeinden - trotz
Nähe zur Gasleitung und einem großen Bevölkerungsinteresse - nicht mit Ferngas
versorgt?
4. Besteht für die OÖ Ferngas allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht oder nicht?